

Bauindustrieverband Ost e.V. | Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg e.V.

Gemeinsamer Parlamentarierbrief zur Landtagswahl in Brandenburg 2019



Am 1. September 2019 wird der Brandenburger Landtag neu gewählt. In den letzten fünf Jahren hat sich im Land schon viel bewegt. Dank der guten Konjunktur haben so viele Menschen einen Arbeitsplatz, wie noch nie. Zudem zeigt der Zuzug aus anderen Regionen Deutschlands, dass Brandenburg ein Land mit guter Lebensqualität ist, in dem immer mehr Menschen ihre Zukunft sehen.

Dennoch steht die künftige Landesregierung vor großen Herausforderungen, will sie das Erreichte nicht gefährden und vor allem weiterentwickeln. Zukunftsthemen sind neben

der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum vor allem die Bereitstellung einer modernen Bildungs- und Verkehrsinfrastruktur sowie der Breitbandausbau im Land. Grundlegend dafür sind gute Rahmenbedingungen für die Bauwirtschaft, aber auch für die öffentliche Hand als Auftraggeber.

Es geht also darum, die Weichen für die Zukunft richtig zu stellen. Die beiden Bauverbände im Land, der Bauindustrieverband Ost und die Fachgemeinschaft Bau, haben folgende Forderungen an den neuen Landtag und die neue Landesregierung formuliert.

Baukosten im Wohnungsbau senken

Brandenburgs Ballungszentren benötigen neuen Wohnraum. Die Rahmenbedingungen zur Schaffung von insbesondere bezahlbaren Wohnungen haben sich in den letzten Jahren stark verändert.

Die öffentliche Hand beklagt die stetig steigenden Baukosten, trägt ihrerseits aber massiv zu dieser Entwicklung bei. Gravierend wirken sich die gestiegenen Vorschriften – beispielsweise bei der Energieeinsparung, dem Brandschutz, der Barrierefreiheit sowie dem Schallschutz von Wohnungen – aus. Ein barrierefreies Geschoss erhöht die Baukosten um bis zu 11,5 Prozent, ein höherer Schallschutz um bis zu sechs Prozent. Es geht nicht darum, neue Normen und steigende Standards per se abzulehnen. Bauvorschriften sollen das Bauen ermöglichen und nicht unnötig verteuern oder gar verhindern.

Forderungen der Bauwirtschaft an die Landesregierung

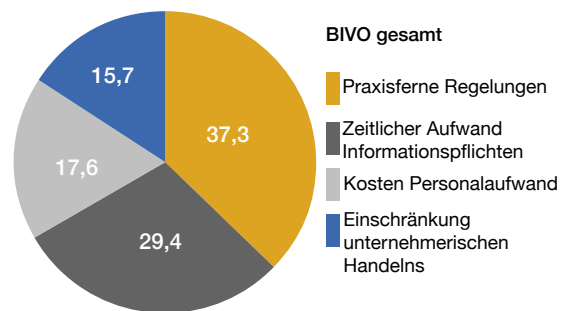
- Nicht sicherheitsrelevante Baustandards wie Schallschutz und Abstandflächenrecht auf den Prüfstand stellen
- Zusammenfassung der Landesbauordnungen von Berlin und Brandenburg zu einer gemeinsamen Bauordnung nach Vorbild der Musterbauordnung des Bundes
- Keine weiteren Verschärfungen der ohnehin bereits hohen Energiestandards

Bürokratie effektiv abbauen

Die Baubranche beklagt seit Jahren den hohen bürokratischen Aufwand durch staatliche Regulierungen. Lange Bearbeitungszeiten, komplizierte Genehmigungsprozesse, undurchsichtige Zuständigkeiten, aufgeblähte Vergabeverfahren belasten die Unternehmen enorm. Fast jeder zweite Baubetrieb musste bereits aufgrund der hohen bürokratischen Hürden auf die Beteiligung an einem Bauprojekt verzichten. Durch diesen Bürokratieaufwand wird in den Baubetrieben jedoch kein Stein auf den anderen gesetzt und die Bauvorhaben der öffentlichen Hand behindert.

Bürokratische Vorschriften und Regelwerke binden in den Unternehmen erhebliche zeitliche und personelle Ressourcen. In den brandenburgischen Baubetrieben sind hunderte von Arbeitnehmern allein mit der Erfüllung der von der EU, dem Bund und dem Land auferlegten Informations- und Berichtspflichten beschäftigt – Potenzial, das der eigentlichen Wertschöpfung entzogen wird und dem Kerngeschäft des Unternehmens nicht mehr zur Verfügung steht.

Störfaktoren durch Bürokratie (Anteil Nennung in Prozent)



Quelle: BIVO-Umfrage zur Bürokratiebelastung 2018

Forderungen der Bauwirtschaft an die Landesregierung

- Eindeutige Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten festlegen
- Orientierung an der Musterbauordnung des Bundes
- Digitale Vernetzung der Behörden
- Weniger Statistikpflichten für die Baubetriebe

Öffentliche Aufträge wieder attraktiv gestalten

Öffentliche Aufträge werden zunehmend unattraktiv für Bauunternehmen. Die Ursachen liegen an bürokratischen Vergabeverfahren, Planungsmängeln, fehlenden Entscheidungskompetenzen in den Bauverwaltungen, aber auch an veralteten Kostenschätzungen. Das führt dazu, dass die Kalkulationen der öffentlichen Auftraggeber häufig jenen der Bauunternehmen zuwiderlaufen. Ein Ärgernis ist die daraus oftmals resultierende Aufhebung von Ausschreibungen. Verbunden mit den langen Bearbeitungszeiten von Genehmigungen und diversen Unterlagen werden dem Markt somit Kapazitäten entzogen, die für die erforderlichen Baumaßnahmen dringend benötigt würden.

Forderungen der Bauwirtschaft an die Landesregierung

- Kostenschätzungen dürfen nicht älter als zwei Jahre sein
- Langfristige Planung von Bauvorhaben sowie Verstetigung der Investitionen
- Beschleunigung von Genehmigungsverfahren und Entbürokratisierung der Vergabe

Infrastruktur ausbauen

In der Nachwendezeit wurde ausgiebig in die ostdeutsche Infrastruktur investiert. Der erreichte Standard muss erhalten und auch weiter ausgebaut werden. Es muss zeitnah auf Schäden reagiert werden, um Arbeitsaufwand

und Kosten einzudämmen. Allerdings werden notwendige Infrastrukturinvestitionen nicht nur durch den Personal­mangel in den Bauverwaltungen künstlich verzögert, sondern auch durch starre Bauzeiten. Die milden Winter der letzten Jahre könnten zu einer Entzerrung der Auftrags­spitzen im Sommer genutzt werden, damit Investitions­mittel gleichmäßiger fließen können.

Forderungen der Bauwirtschaft an die Landesregierung

- Schaffung von Planungskapazitäten in den Verwal­tungen
- Konsequente Nutzung von EU- und Bundesförder­mitteln
- Entzerrung starrer Bauzeiten

Digitalisierung der Verwaltungen durchsetzen

Die Digitalisierung ist in der Verwaltung noch nicht ange­kommen. Die staatlichen Stellen müssen sich noch stärker als bisher als Dienstleister für Bürger und Unterne­hmen verstehen. Dafür ist eine Digitalisierungsoffensive zu starten, die eine vollständige, medienbruchfreie und vor allem schnelle Kommunikation zwischen Verwaltung und Kunden erlaubt. Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungsebenen muss vor allem auch ressortübergreifend ermöglicht werden. Für die Bauwirt­schaft ist es essentiell, für die notwendigen und vielfäl­tigen Genehmigungsverfahren eine zentrale Anlaufstelle einzurichten, bei der alle Entscheidungen im Zusammen­hang mit dem Gegenstand „Bauen“, etwa bei Anträgen auf Zulassungen im Rahmen eines Bauvorhabens, zu­sammengefasst werden.

Forderungen der Bauwirtschaft an die Landesregierung

- Einheitliche Hard- und Software für alle öffentlichen Verwaltungen im Land
- Ressortübergreifende Anwendung digitaler Prozesse
- Digitale Vernetzung der verschiedenen Ressorts und Verwaltungsebenen

Region Berlin-Brandenburg enger vernetzen

Die beiden Landesregierungen der erfolgreichen Wirt­schaftsregion Berlin-Brandenburg müssen sich noch enger vernetzen und absprechen, um Synergien zu heben und weitere Zukunftspotenziale zu schaffen. Obwohl die Anzahl der Berufspendler zwischen beiden Ländern stetig wächst, sind die Fortschritte beim Ausbau einer gemeinsamen Verkehrsinfrastruktur, bei der Ansiede­lungspolitik von Unternehmen oder beim Wohnungsbau unzureichend.

Forderungen der Bauwirtschaft an die Landesregierung

- Erhöhte Abstimmung zwischen Brandenburg und Berlin bei der Gesetzgebung für einheitliche Genehmigungsverfahren und Vorschriften
- Engere Abstimmung der beiden Wirtschaftsför­derungsgesellschaften miteinander, um mehr Unternehmen in der gemeinsamen Region an­zusiedeln

Deponieknappheit entgegenwirken

Kostentreiber beim Bauen sind außerdem die knappen Deponiekapazitäten. Die Transportwege betragen in ein­zelnen Regionen bis zu 200 km. Vor dem Hintergrund sich verknappende Deponiekapazitäten sind die Entsorgungskosten erheblich gestiegen und führen zu einer Kostenex­plosion von Bauvorhaben, die auch die öffentliche Hand direkt betrifft. Rein statistisch betrachtet, befinden sich je 1.000 km² 4,2 Deponien in Westdeutschland und nur 0,5 in Ostdeutschland. Spitzenreiter unter den Flächen­ländern ist das Saarland mit rechnerisch 11,3 Deponien – Schlusslicht ist Brandenburg (0,5) zusammen mit Sach­sen (0,3).

Forderungen der Bauwirtschaft an die Landesregierung

- Ermittlung des Deponiebedarfs in den Bundeslän­dern und Anpassung der Kapazitäten
- Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungs­verfahren
- Akzeptanz für Sekundärrohstoffe fördern

Breitbandausbau zügig umsetzen

Der zügige Breitbandausbau ist für die dezentral agieren­de Bauwirtschaft ein entscheidender Wettbewerbsfaktor. Jenseits der Ballungsräume ist es teils unmöglich, die er­forderlichen großen Datenmengen zu versenden – eine Grundvoraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im ländlichen Raum. Das Gigabit-Ziel 2025 kann allerdings nur durch den Ausbau der Planungskapa­zitäten in den Bauämtern sowie eine praxisnahe Entbüro­krisierung der Bundesförderrichtlinie erreicht werden.

Forderungen der Bauwirtschaft an die Landesregierung

- Kosten- und Zeitersparnis sowie nachhaltige Ver­ringerung von Baustellen durch Leerrohrverlegung als Standard bei Straßenneubau und -sanierung, da Straßen und Fußwege bei Bedarf eines Breitband­ausbaus nicht extra geöffnet werden müssten
- Aufbau von Planungskapazitäten in den Bauämtern
- Bürokratieabbau bei Bewilligungs- und Antragsver­fahren

Building Information Modeling (BIM) vorantreiben

Mit der Methode Building Information Modeling (BIM) werden alle relevanten Gebäudedaten digital erfasst, kombiniert und miteinander vernetzt. Die Bauwirtschaft sieht BIM daher als wichtiges Instrument, um Planungsfehler zu vermeiden und den Informationsaustausch zwischen allen Planungsbeteiligten zu verbessern. Damit wird eine Steigerung der Planungsqualität erreicht sowie eine zuverlässigere Mengenermittlung, eine Optimierung der einzelnen Bau- sowie Logistikprozesse und letztendlich eine erhöhte Kosten- und Terminalsicherheit ermöglicht.

Forderungen der Bauwirtschaft an die Landesregierung

- Schaffung eines Landeskompetenzentrums für BIM
- Stufenweise Einführung von BIM bei Landesbauprojekten
- Schulung der Bauverwaltung, um BIM unter Berücksichtigung von KMU anzuwenden

Fachkräftenachwuchs den Weg ebnen

Unternehmen fällt es seit Jahren immer schwerer, Nachwuchs zu finden. Die Ursachen liegen nicht nur in der geringen Bereitschaft der Jugendlichen für eine Ausbildung in der Baubranche, sondern auch in der mangelnden Ausbildungsbefähigung vieler Bewerber. Neben großen Wissenslücken in den MINT-Fächern vermissen die Ausbildungsbetriebe immer häufiger Kerntugenden wie Pünktlichkeit, Durchhaltevermögen sowie Ehrgeiz. Umso mehr müssen die Rahmenbedingungen für die Auszubildenden weiter verbessert werden.

Forderungen der Bauwirtschaft an die Landesregierung

- MINT-Fächern muss in den Lehrplänen eine größere Bedeutung zukommen
- Schaffung eines gemeinsamen Bildungsmarkts im Bereich der beruflichen Schulen und bei der Hochschulplanung zur Begegnung des Fachkräftemangels
- Förderung des Erwerbs des Meistertitels als Perspektive für die Selbstständigkeit
- Stetige Praxisangebote in den Schulen bereits in der Grundschule

Strukturwandel in der Lausitz gemeinsam gestalten

Die Wirtschaft folgt der Infrastruktur. Somit ist ihr Ausbau eine Grundvoraussetzung für einen erfolgreichen Strukturwandel in der Lausitz. Diese muss nach dem Kohleausstieg mit einem belastbaren Straßen- und Schienennetz zügig an die Wirtschaftszentren Berlin, Leipzig, Dresden und Breslau heranrücken und damit auch Pendlern den Arbeitsweg erleichtern. Dabei handelt es sich um Projekte, die nur durch die enge länderübergreifende Zusammenarbeit der betroffenen Regionen erfolgsversprechend sind. Die Bauwirtschaft benötigt Planungssicherheit.

Forderungen der Bauwirtschaft an die Landesregierung

- Verabschiedung eines zusätzlichen Maßnahmengesetzes für Infrastrukturprojekte in der Lausitz
- Verabschiedung eines Planungs- und Investitionsbeschleunigungsgesetzes, um die Infrastrukturprojekte zügig umzusetzen
- Schaffung einer gemeinsamen Planungsregion Lausitz

Schwarzarbeit bekämpfen

Schwarzarbeit belastet ehrlich arbeitende Betriebe und verzerrt den Wettbewerb zum Schaden der Allgemeinheit. Das Ausmaß von Schwarzarbeit ist für die Bauwirtschaft trotz aller gegenläufigen Maßnahmen noch immer bedrohlich. Außerdem werden Lohnsteuern und Sozialversicherungsbeiträge zu Lasten der Solidargesellschaft hinterzogen.

Forderungen der Bauwirtschaft an die Landesregierung

- Massive Aufstockung der Zollfahnder sowie Verstärkung der Kontrollen durch die Finanzkontrolle Schwarzarbeit
- Verpflichtende Anwendung der qualifizierten Beitrags- und Meldebescheinigung der Sozialkasse des Baugewerbes (Soka) bei öffentlichen Auftragsvergaben
- Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften für den Bereich Schwarzarbeit zur effektiveren Strafverfolgung

IMPRESSUM

Bauindustrieverband Ost e. V.
Karl-Marx-Straße 27
14482 Potsdam

Hauptgeschäftsführer: Dr. Robert Momberg

www.bauindustrie-ost.de

Fachgemeinschaft Bau
Berlin und Brandenburg e. V.
Nassauische Str. 15
10717 Berlin

Hauptgeschäftsführerin: Dr. Manja Schreiner

www.fg-bau.de